

Von Stadthalle bis Straßenausbaubeitrag

Bei der Premiere ihres Bürgerstammtischs ist die CSU einmal mehr weitgehend unter sich

Cham. (wk) Wohin soll es gehen mit der Stadthalle, mit der Finanzierung beim kommunalen Straßenausbau, mit dem WLAN-Angebot und den Wünschen nach einem barrierefreien Bahnhof? Das alles waren Themen beim ersten CSU-Bürgerstammtisch in der Wasserwirtschaft am Montag. Im Unterschied zum Vorgänger, der Veranstaltung „Wo drückt der Schuh“, war das Thema des Abends ausdrücklich offen. Die Bürger sollten ausgiebig Gelegenheit haben, mit den CSU-Stadträten und MdL Gerhard Hopp über das zu reden, was ihnen am Herzen liegt. Auch neue Ideen zur Behandlung im Stadtrat erhoffte sich die CSU, wie Ortsvorsitzender Martin Stoiber erklärte.

Begrüßung per Handschlag

Die 18 Diskutanten begrüßten sich größtenteils per Handschlag, man kennt sich aus der Arbeit für CSU-Ortsverband und Frauenunion. Das aktuelle Thema Stadthalle brachte der Gastgeber selbst mit. Die Stadthalle kann aufgrund ihrer Ausstattung überregionale Bedeutung bekommen. Das könnte einem wirtschaftlichen Betrieb mit einem neuartigen Programm zugutekommen, stellten Dr. Markus Lemberger

und Hopp fest. Eine Vernetzung mit anderen Veranstaltungshallen der Region, wie der Blaibacher Konzerthalle oder dem Further Drachenstich, befürwortete Hopp. Als Ergebnis müsste etwa wöchentlich eine Veranstaltung auf die Chamer Halle entfallen, um die laufenden Abschreibungen zu decken, merkte Günther Lommer an. Programmgestaltung und Vernetzung mit der Region, so hat es der Stadtrat beschlossen, soll ein eigens eingestellter Veranstaltungsmanager über-



Ein breites Themenspektrum wurde beim CSU-Bürgerstammtisch erörtert.

nehmen. Das Stellenprofil dazu ist in Arbeit. Die Stelle soll möglichst bis zum Herbst besetzt werden. Hopp informierte über den Landtagsbeschluss zu Straßenausbaubeiträgen. Der gesetzliche Rahmen für die Kommunen, wie sie ihre Sanierungskosten umlegen können, ist demnach erweitert worden. Sanierungsaufgaben können jetzt auch über einen wiederkehrenden Beitrag finanziert werden. Bisher konnten die Anlieger nur über eine einmalige Abgabe beteiligt werden, die je nach Grundstücksgröße recht hoch ausfallen kann. Außerdem ist die Höchstgrenze der Ausbaubgabe auf 40 Prozent des Grundstückswerts gedeckelt worden. All das „soll die gefühlte Ungerechtigkeit abbauen“, so Hopp. Ob sich die Rahmenerweiterung auch in Cham, zum Beispiel beim Projekt Rodinger Straße, auswirkt, stehe noch nicht fest.

Politischer Druck

Jüngster Fall einer Anliegerbelastung bis in den fünfstelligen Bereich war der Ausbau der Gutmaninger Straße. Ausbau oder Neuerschließung, diese Entscheidung war schwer zu treffen. Ganz anders liege der Fall bei einem „dringend not-

wendigen“ Ausbau der staubelasteten Kreuzung Rodinger-/Werner-von-Siemens-Straße, sagte Stadtrat Georg Kuchenreuter: „Die liegt im Zuständigkeitsbereich des Straßenausbauamts und nicht der Stadt.“ Renate Blochberger brachte das Thema „barrierefreier Bahnhof“ zur Sprache: „Wie weit ist die Stadt damit?“ Man versuche, politischen Druck auf die Bahn auszuüben, zum Beispiel mit Briefen an den Bahnchef und Gesprächen mit dem Innenstaatssekretär, hieß es: „Schon übernächste Woche haben wir ein Treffen mit der Bahn.“ Ziel sei, dass die Bahn den Chamer Bahnhof in ihr nächstes Ausbauprogramm mit hineinnimmt, obwohl er aufgrund der Passagierzahlen nicht in der Vorrangliste bis 2018 gelandet war. Die Bahn solle die Barrierefreiheit finanzieren.

In Sachen Internetausbau wies Hopp darauf hin, dass zwei staatlich finanzierte WLAN-Punkte in der Stadt möglich würden. Benutzer könnten sich dann passwortfrei einloggen.

Der nächste CSU-Bürgerstammtisch soll im Juli oder August stattfinden. Geredet werden könnte zum Beispiel über den Marktplatz und das Leerstandsproblem, soweit die ersten Themenvorschläge.